STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 6 / Fachbereich 6 - Stadtplanung und Bauordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 03.02.2020

Drucksache Nr.: **20/0040**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	04.03.2020	öffentlich / Beratung

Betreff

Kreuzung B56 / Südstraße / Wehrfeldstraße

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Seitens der CDU-Fraktion wurde darum gebeten, dem Ausschuss zu der vorgenannten Unfallhäufungsstelle zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Maßnahmen, die seit der ersten Klassifikation der Kreuzung als Unfallhäufungspunkt durchgeführt worden sind, um die Unfallrisiken zu reduzieren – unabhängig vom Träger/Durchführenden der Maßnahme (z. B. Stadt, Polizei, Straßen NRW),
2. aktuelle Vorschläge der Unfallkommission zur Umgestaltung der Kreuzung sowie Stellungnahmen der Stadtverwaltung hierzu,
3. bisherige Vorschläge der Unfallkommission zu dieser Kreuzung, seitdem sie als Unfallhäufungspunkt seitens der Kreispolizei gelistet ist, sowie die seitens der Stadt, dem Kreis oder Straßen NRW umgesetzten Vorschläge,
4. aktuellste Verkehrszählungen und Belastungsprognosen für diesen Kreuzungspunkt,

5. den aus Sicht der Verwaltung denkbaren Möglichkeiten, baulich in diesem Bereich den verkehrstechnischen Auswirkungen der im Raum stehenden Taktverdichtung der S66/S67 entgegenzuwirken,
6. Stand der Baumaßnahmen im Kreuzungsumfeld sowie den Nachnutzungsüberlegungen der Erziehungsberatungsstelle der Verwaltung.

Zu 1. – 3.

In der Angelegenheit wird zunächst auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.04.2018, Drucksachen-Nr. 18/0155, verwiesen (siehe Anlagen).

Aktuell wurde seitens der Verwaltung im Jahr 2019 ein Sicherheitsaudit für den Kreuzungsbereich in Auftrag gegeben. Der Auditor hält die Separierung der Linksabbiegespuren nicht für erforderlich. Stattdessen wird eine Optimierung der Fahrbahnmarkierungen in der Kreuzungsmitte sowie die weitere Markierung von Aufstellflächen für linksabbiegende Radfahrer vorgeschlagen.

Diese Maßnahmen wurden in einer Sitzung der Unfallkommission am 14.01.2020 beschlossen. Die entsprechende Verkehrsanordnung an den Landesbetrieb Straßen NRW wurde inzwischen erteilt.

Zwecks Klärung, ob und ggf. in welchem Umfang noch eine Separierung der Abbiegesituationen erforderlich ist, erfolgt noch eine Auswertung des Unfallgeschehens 2015 – 2019, insbesondere im Hinblick auf unfallhäufungsstellenrelevante Abbiegeunfälle und die Frage, ob eine Separierung von Linksabbiegeströmen zur Vermeidung von Unfällen beitragen könnte/beigetragen hätte.

Die hierfür erforderlichen Daten incl. zugehöriger Unfallberichte werden seitens der Kreispolizeibehörde zur Auswertung an die Straßenverkehrsbehörde zum nächstmöglichen Zeitpunkt übermittelt.

Ziel ist, die Auswertung und nachfolgende Festlegung eventueller weiterer Maßnahmen vor der nächsten Jahressitzung der Unfallkommission abzuschließen.

Zu 4. – 6.

Die aktuellste Verkehrszählung der Kreuzung B56/Südstraße/Wehrfeldstraße (vgl. Anlage B56_Südstraße_Wehrfeldstraße 2018) datiert aus dem Jahr 2018. Im Jahr 2016 wurde auf der Grundlage der Verkehrsprognose 2025 der Firma gevas sowie aus den Verkehrszählgeräten der Signalanlagen an der B56 eine Grüne Welle geplant (vgl. Anlage Prognosezahlen B56).

Maßnahmen zur Kompensation der Auswirkungen einer geplanten Taktverdichtung der Stadtbahn werden beschlussgemäß gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis gutachterlich untersucht. Die Vergabe kann nach Ende der Angebotsfrist am 12.02.2020 kurzfristig erfolgen.

Im Umfeld der Kreuzung B56/Südstraße/Wehrfeldstraße wird in Kürze der Anschluss des Bebauungsplans „Bonner Straße“ B-Plan 107/4 realisiert.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf _____ €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan _____ zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits _____ € veranschlagt; insgesamt sind _____ € bereit zu stellen. Davon entfallen _____ € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.